

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.03.2023

Inhalt

EWN

1 Schwesig sieht keinen Grund für Rücktritt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 20.03.2023</i>	3
2 Klimastiftung MV: Neue Hinweise bringen Pegel in Erklärungsnot <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 20.03.2023</i>	4
3 „Wie aus dem Nichts war sie einfach da“ <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 20.03.2023</i>	5
4 Experten: Ausbaupläne für deutsche LNG-Terminals überdimensioniert <i>Ostsee-Zeitung.de, 17.03.2023</i>	7
5 Große Hoffnung in Mini-Atomkraftwerke – was können SMR und wie sicher sind sie? <i>MOZ.de (Märkische Oderzeitung), 19.03.2023</i>	8
6 Radioaktiver Schrott: So wird ein Atomkraftwerk zerlegt <i>morgenpost.de (Berliner Morgenpost), 19.03.2023</i>	10

Schwesig sieht keinen Grund für Rücktritt

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat die gegen sie wegen ihrer Unterstützung für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 erhobenen Rücktrittsforderungen erneut zurückgewiesen. Für einen Rückzug von der Spitze der Landesregierung gebe es „keinen Grund“, sagte Schwesig der „Schweriner Volkszeitung“.

Ihren Kritikern warf sie vor, mit Behauptungen und Unterstellungen „bis hin zu Verschwörungstheorien“ zu arbeiten. „Und ich will ganz klar sagen: Da ist nichts dran. Die meisten wissen genau, wie es mit Nord Stream war, denn damit sind wir immer offen und transparent umgegangen“, betonte Schwesig. Zuletzt

hatte CDU-Chef Friedrich Merz im Zusammenhang mit der Affäre um die zur Fertigstellung von Nord Stream 2 gegründete Klimastiftung MV ihren Rücktritt gefordert.

Nach den Worten Schwesigs waren Landes- und Bundesregierung, große Teile der Wirtschaft und auch der Bevölkerung für den Bau der zweiten Gasleitung, durch die weiteres russisches Erdgas nach Deutschland kommen sollte. Als Reaktion auf die amerikanischen Sanktionsdrohungen gegen Unternehmen, die am Bau beteiligt waren, habe der Landtag die Landesregierung beauftragt, an der Fertigstellung der Ostsee-Pipeline festzuhalten und schließlich die Gründung der Klimaschutzstiftung MV beschlossen.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 20.03.2023 | S. 12

 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

WIE VIEL EINFLUSS HATTE MOSKAU?

Klimastiftung MV: Neue Hinweise bringen Pegel in Erklärungsnot

Hat der Minister die Satzung geschrieben? Ein der OZ vorliegendes Dokument führt zu einer Anwaltskanzlei von Nord Stream als Autor. Die Opposition im Landtag fordert Aufklärung.

Hat eine renommierte Anwaltskanzlei, die für Nord Stream 2 tätig war, beim Verfassen der Satzung für die umstrittene Klimaschutzstiftung MV die Feder geführt? Unterlagen werfen dazu neue Fragen auf. Im Fokus dabei: Innenminister Christian Pegel (SPD).

Pegel muss erklären, warum die Satzung eine digitale Signatur trägt, die die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer als „Autor“, also Schöpfer des Dokuments ausweist. Dieses hatte Pegel am 22. 10. 2020 per E-Mail versandt, wie Unterlagen zeigen. Nun taucht eine weitere Fassung der Satzung auf - vom Folgetag (liegt dieser Redaktion vor). Nach OZ-Informationen ist das die Version, die die SPD Ende November 2020 dem Koalitionspartner CDU vorlegte. Auch die Linke, damals Opposition, sollte eingebunden werden - so formuliert es Pegel selbst in der E-Mail.

Wieder wird Freshfields Bruckhaus Deringer als Autor genannt, Erstellungsdatum: 23.11.2020, 18.11 Uhr. So weisen es die Metadaten aus. In der neuen Fassung der Satzung sind Änderungen enthalten, die auch Nord Stream 2 betreffen: Das Unternehmen soll auch Mitglieder ins Kuratorium der Stiftung entsenden können. Vorsorglich wird auch festgehalten, dass die Satzung zwei Jahre lang nicht verändert werden darf.

Die landeseigene Stiftung sollte den Weiterbau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 sichern. Wie viel Einfluss gab es? Pegel hat eingeräumt, auch mit Vertretern von Nord Stream 2 zur Satzung in Kontakt gewesen zu sein. Das Gros aber will der Jurist selbst verfasst

haben. Er erklärte, das Land habe „keine Anwaltskanzlei beauftragt“. Die Freshfields-Signatur nährt Zweifel an dieser Version.

Er habe die „Endfassung“ der Satzung „weitgehend“ selbst verfasst, so Pegel auf Nachfrage. Dass Freshfields im digitalen Fußabdruck der Datei auftaucht, begründet der Minister so: Er habe die Satzung „in der besagten Datei zusammengeführt“. Soll heißen: Der Minister nutzte eine Vorlage von Freshfields. Ist das üblich? Hat jemand mitgewirkt? Auf konkrete Nachfrage dazu: keine Antwort.

Freshfields schweigt zum Thema. „Aufgrund der gesetzlich geregelten Vertraulichkeiten können wir Ihre Anfrage nicht beantworten“, so ein Sprecher.

Die Opposition im Landtag tobt. „Christian Pegels Geschichten werden immer abenteuerlicher“, erklärt Hannes Damm (Grüne). „Die vorliegenden Indizien erschüttern die Glaubwürdigkeit seiner bisherigen Aussagen ganz erheblich.“ Pegel beschädige das Ansehen des Landes.

Franz-Robert Liskow (CDU) erklärt spitz: „Es spricht für eine gute Kanzlei, wenn sie Herrn Pegel das Gefühl gegeben hat, dass er es war, der zu jedem Zeitpunkt Herr des Verfahrens gewesen ist.“ Für ihn aber stehe fest: Die Idee für die Stiftung stammte aus Moskau. „Zudem war mindestens eine Kanzlei im Auftrage Moskaus an der Erarbeitung der Satzung beteiligt.“ Weiteres werde der Untersuchungsausschuss zutage fördern.

 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 20.03.2023 | S. 11

 Auflage: 9.881 | Reichweite: 31.339

 Gerit Herold

„WERDEN EINFACH TATSACHEN GESCHAFFEN?“

„Wie aus dem Nichts war sie einfach da“

Eine Arbeitsplattform vor Sellins Küste sorgt seit Samstag für Ärger auf Rügen. Die Vermutung: Sie leistet Vorarbeiten für das geplante LNG-Terminal, das Flüssiggas bis Lubmin bringen soll.

Sellin/Lubmin. Die Arbeitsplattform ist von der Selliner Seebrücke aus gut zu erkennen - gleich neben dem LNG-Tankerschiff „Seapeak Hispania“. „Zack, wie aus dem Nichts war sie einfach da“, sagt eine Einwohnerin entrüstet, die gerade von einem Strandspaziergang kommt. Seit Sonnabend bewegt sich die Bauplattform „JB 119“ laut Schiffsverfolgungs-App „Marinetraffic“ vor Rügens Südküste zwischen Mukran und Sellin und beunruhigt Anwohner und Umweltverbände. Die Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ fragt auf ihrer Facebook-Seite: „Werden hier weiter einfach Tatsachen geschaffen?“ Und das nur einen Tag, nachdem am 17. März die Frist zur Beteiligung von Umweltverbänden und der Gemeinden auf Rügen abgelaufen war? Es beweise, wie über die Köpfe der Menschen hinweg das LNG-Projekt vor Rügen durchgedrückt werden solle.

Es wäre nicht der erste vorzeitige Baubeginn im Laufe des Projektes, das aus drei Verfahren besteht: der Molchempfangsstation in Lubmin, der Ostsee-Anbindungs-Leitung (OAL) und dem für den Betrieb der Pipeline erforderlichen „Risertower“. Genehmigungsbehörde ist das Bergamt Stralsund. Die Behörde hatte dem Antrag der Gas Lubmin GmbH auf vorzeitigen Baubeginn der Molchempfangsstation Ende vergangenen Jahres stattgegeben.

Der Energiekonzern RWE bestätigt indes, dass erste Arbeiten angelaufen seien. Dabei handele es sich „lediglich um Erkundungsarbeiten“, die vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt genehmigt worden seien, teilte ein RWE-Sprecher am Sonntag mit. Es seien zwei Spezialschiffe im Einsatz. „Es ist üblich, dass bei Offshore-Projekten vorlaufend eine sorgfältige Prüfung der Bodenbeschaffenheit und des Untergrunds erfolgt. Dies umfasst auch die Prüfung auf möglicherweise noch im Boden liegende alte Weltkriegsmunition“, hieß es weiter.

Sellins Bürgermeister Reinhard Liedtke ist gefrustet und kritisiert die schlechte Öffentlichkeitsarbeit von RWE. „Das versteht doch jetzt keiner.“ Es sei für die Menschen nicht nachvollziehbar, dass trotz des Vetos von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in der vergangenen Woche nun einfach Arbeiten beginnen. Statt am Sonntag auf der Seebrücke die Veranstaltung des Rügener Festspielfrühlings zu genießen, sah er sich unmittelbar mit vielen Fragen von Gästen konfrontiert. „Wir sind keine Vorhabensträger und leiden darunter, dass wir ständigerklären und uns rechtfertigen müssen, obwohl wir das Terminal nicht haben wollen.“

Die Gas Link Lubmin GmbH als Tochter des Energiekonzerns RWE will im Auftrag des Bundes bis zum Winter dieses Jahres das „Ostsee LNG“ errichten. Nach bisherigen Plänen sollen in der Ostsee vor Sellin zwei schwimmende Flüssigerdgas-Terminals installiert werden. An den Terminals könnten bis zu vier FRSUs (schwimmende LNG Plattformen) festmachen, an denen dann die Tanker anlegen. Das mit Tankerschiffen angelieferte Flüssiggas soll dort wieder in Gas umgewandelt und per 37,5 Kilometer langer Pipeline nach Lubmin auf dem Festland transportiert werden. Lubmin als früherer Anlandepunkt für russisches Erdgas aus der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 ist bereits an das europäische Verteilnetz angebunden. Dort betreibt die Deutsche Regas seit Mitte Januar ein LNG-Terminal mit gecharterten Schiffen. So auch das seither vor Sellin liegende Lagerschiff „Seapeak Hispania“.

Gegen das vom Bund aufgrund der Energiekrise angeschobene weitere LNG-Projekt vor Rügens Küste wächst auf der Insel, im Land und im gesamten Bundesgebiet rasant Widerstand. Hauptkritikpunkte sind massive Beeinträchtigungen des Tourismus, Umweltzerstörung, Sicherheitsbedenken und die fehlende Notwendigkeit.

Das Meinungsforschungsinstitut Civey hatte im Auftrag der Gemeinde Binz Mitte März eine Online-Umfrage zum geplanten LNG-Terminal vor Rügen durchgeführt. Das Ergebnis: Von 5000 befragten Bundesbürgern ab 18 Jahren sprach sich gut die Hälfte gegen den Bau des LNG-Terminals aus.

Auf Rügen fanden bereits mehrere Demonstrationen statt. Zudem sammelt das Aktionsbündnis #RügegenLNG Unterschriften für eine Bundestagspetition gegen das geplante Flüssigerdgas-Terminal, die schon mehr als 22 000 Menschen unterschrieben haben. Mit der Petition wird gefordert, die vor der Küste Rügens geplanten zusätzlichen LNG-Terminals nicht in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufzunehmen. Falls das bereits durch die bestehende Gesetzeslage abgedeckt sei, wird der Gesetzgeber zu einer Korrektur aufgefordert.

Mit einem gemeinsamen Antrag wollen SPD, Linke, Grüne und FDP am kommenden Freitag im Landtag MV die Bundesregierung auffordern, dass der Bund die Notwendigkeit und die Größenordnung der Rügener LNG-Pläne für die Energieversorgung in Deutschland prüft und transparent darstellt. „Das Verfahren ist bisher nicht transparent“, moniert die Rügener SPD-Landtagsabgordnete Sylva Rahm-Präger. „Es sieht nicht so aus, als wenn der Standort Sellin überhaupt gebraucht wird.“

Zitat-Text:

”Das versteht doch jetzt keiner.” - Reinhard Liedtke, Bürgermeister von Sellin zum plötzlichen Auftauchen einer Arbeitsplattform vor der Küste des Ostseebads

📄 Ostsee-Zeitung.de | 17.03.2023

👤 RND, dpa

🔗 WEBLINK

Experten: Ausbaupläne für deutsche LNG-Terminals überdimensioniert

Es sieht die Klimaziele dadurch gefährdet. Das Wirtschaftsministerium liefert indes Gründe für den umfangreichen Ausbau.

Berlin. Der geplante Ausbau deutscher Importkapazitäten für verflüssigtes Erdgas (LNG) ist nach Einschätzung des New Climate Institute zu groß geraten und droht das Erreichen der Klimaziele zu gefährden. Das Bundeswirtschaftsministerium unterschätze einerseits künftige Gasimporte aus Nachbarländern und überschätze auf der anderen Seite die Risiken saisonal schwankender Verbräuche, schreiben die Experten in einer am Freitag veröffentlichten Analyse. Das Ministerium kalkuliere mit einem zu umfangreichen Risikopuffer.

„Die neuen und geplanten schwimmenden Terminals reichen bereits aus, um zwischenzeitliche Versorgungsengpässe auch in extremen Situationen mit Infrastrukturausfällen zu decken“, so das Institut. „Onshore-Terminals sind zu keinem Zeitpunkt notwendig.“

Das Wirtschaftsministerium setze Laufzeiten und Kapazitäten der LNG-Terminals zu gering an, bemängelt das New Climate Institute. Per Gesetz sei außerdem ein nahezu uneingeschränkter Betrieb der neuen und geplanten Terminals bis Ende 2043 möglich. „Sollten alle geplanten Anlagen mit hoher Auslastung betrieben werden, sind Deutschlands Klimaziele nicht zu erreichen.“ Eine geringe Auslastung wiederum würde zu

wirtschaftlichen Verlusten führen.

Wirtschaftsministerium will LNG-Terminals künftig für Wasserstoff nutzen

Das Wirtschaftsministerium verweist darauf, dass die LNG-Terminals künftig zur Einfuhr von klimafreundlichem Wasserstoff genutzt werden könnten. Wenn schwimmende Terminals nicht mehr benötigt würden, könnten sie als LNG-Transportschiffe verchartert werden.

Beide Punkte sieht das Institut kritisch. Der künftige deutsche Bedarf an Wasserstoff - insbesondere bei der Einfuhr über den Seeweg - werde relativ gering ausfallen und lasse sich über Pipelines decken. Zudem seien nicht alle Fragen zur technischen Machbarkeit geklärt. Ob die Terminals sich an andere Länder weitervermieten lassen, sei fraglich, weil der Gasverbrauch weltweit sinken müsse.

Der Einschätzung des Wirtschaftsministeriums, dass Deutschland einen größeren Umfang von Flüssiggas an andere europäische Länder weiterleiten werde, widersprechen die Experten: „Da der Gasverbrauch aller europäischen Länder im Einklang mit den europäischen Klimazielen stetig weiter fallen muss, ist ein Überangebot in Europa wahrscheinlich.“



MOZ.de (Märkische Oderzeitung) | 19.03.2023

Nancy Waldmann

WEBLINK

Große Hoffnung in Mini-Atomkraftwerke – was können SMR und wie sicher sind sie?

Die polnische Wirtschaft scheint im Atom-Fieber. Nicht nur große AKW sind geplant. Deutlich früher schon könnten innovative kleine Reaktorsysteme dafür sorgen, dass das Land Schritt für Schritt von der Kohle wekommt.

Atomenergie soll für die Transformation der Energiequellen in Polen eine immer zentralere Rolle spielen. Und zwar nicht nur durch den geplanten Bau großer Atomkraftwerke – zuletzt war von dreien die Rede, für die sich die polnische Regierung schon im vergangenen Jahr Partner in den USA und in Südkorea gesucht hat. Sondern auch durch Investitionen in kleine modulare Reaktoren – sogenannte SMR („Small Modular Reactors“).

Das Thema taucht zuletzt häufig in den Schlagzeilen in Polen auf. Zuletzt am Freitag (17.3.) als die Europäische Kommission grünes Licht gab für ein Joint Venture des Mineralöl- und Energieriesen Orlen mit Synthos Green Energy, einem internationalen Chemie- und Energiekonzern mit Sitz im polnischen Oświęcim (Auschwitz).

Energiekonzern Orlen investiert

Das heißt, die EU-Kommission sieht wettbewerbsrechtlich kein Problem. Orlen betreibt unter anderem mehrere Öl-Raffinerien in Mitteleuropa und überwiegend in Polen ein dichtes Tankstellennetz.

Gemeinsam wollen die beiden Unternehmen kleine und Mikro-Atomreaktoren (SMR und MMR) entwickeln, potenzielle Standorte erforschen und in Betrieb nehmen. Am Tag zuvor unterschrieb das Joint Venture Orlen Synthos Green Energy einen Vertrag über staatliche Förderung aus einem Umweltschutzfonds. Die Vision: Bis Mitte der 2030er-Jahre soll ein Netz von SMR und MMR entstehen mit einer Leistung von 10.000 Megawatt. Ein mittleres Kernkraftwerk hat eine Leistung von ca. 1.400 Megawatt und kann rund 3,5 Millionen Haushalte mit Strom versorgen.

Die kleinen modularen Reaktoren vom Typ „SMR BWRX-300“, mit denen Orlen Synthos arbeiten will, ha-

ben einzeln eine relativ geringe Leistung von 300 Megawatt. Ihr Vorteil gegenüber großen Kernkraftwerken: Sie sollen sicherer vor Angriffen von außen sein und deutlich weniger radioaktiven Müll erzeugen als große Kernkraftwerke. Und der Aufbau ist finanziell niedriger, auch wenn über die konkreten Kosten wenig gesprochen. Zwischen 2 und 4 Milliarden US-Dollar soll der Bau eines SMR kosten.

Standorte für Reaktoren da, wo bereits Kohlekraftwerke stehen bzw. standen

Der Typ SMR, der später in Polen gebaut werden soll, wird zunächst bis 2028 in Kanada durch ein US-amerikanisch-japanisches Jointventure gebaut. In Polen sollen bis 2038 79 solcher kleinen Reaktoren an 25 verschiedenen Standorten stehen, verkündete Orlen-Chef Daniel Obajtek Anfang Februar. Laut Obajtek kommen Standorte infrage, wo sich ehemalige oder noch laufende Kohlekraftwerke befinden, wo also Infrastruktur für die Übertragung vorhanden ist. Bisher wird immer noch der Großteil des Stroms in Polen in Kohlekraftwerken erzeugt, ca. 50 Prozent durch Steinkohle und 21 Prozent durch Braunkohle. Der Anteil erneuerbarer Energien lag 2022 bei immerhin 17 Prozent.

Orlen Synthos sind aber nicht die einzigen, die in Polen SMR planen. Auch das Kupferbergwerk KGHM in der Oderstadt Głogów (Glogau) in Niederschlesien plant den Einsatz von bis zu zwölf kleinen modularen Druckwasserreaktoren. Die Reaktoren von dem US-Unternehmen NuScale sollen jeder eine Leistung von 77 Megawatt haben, 2029 soll der erste Reaktor entstehen. Auch der französische WärmeverSORger Veolia, der in Polen aktiv ist, will in SMR investieren.

SMR produzieren angeblich weniger Müll als gro-

Be Kernkraftwerke

Wie auf der Seite des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung zu lesen ist, ist SMR ein Sammelbegriff, unter den verschiedene Reaktorkonzepte fallen, die auf Entwicklungen in den 1950er-Jahren zurückgehen, als versucht wurde, Atomkraft als Antriebstechnologie für Militär-U-Boote zu nutzen. Mögliche Einsatzbereiche von SMR sind neben der Stromversorgung für Haushalte und Industrie auch Wärmeversorgung, Meerwasserentsalzung und Indus-

trieprozesse. Sicherheitstechnisch hätten kleine Reaktoren durchaus Vorteile gegenüber großen Kernkraftwerken, weil sie „ein geringeres radioaktives Inventar pro Reaktor aufweisen“, heißt es weiter.

SMR-Systeme werden bislang vor allem auf Schiffen oder Flugzeugträgern zur Stromerzeugung eingesetzt. In Sibirien versorgt zum Beispiel das schwimmende Kernkraftwerk „Akademik Lomonossow“ eine entlegene Hafenstadt sowie Bergwerke mit Strom.

Radioaktiver Schrott: So wird ein Atomkraftwerk zerlegt

Im April werden die letzten drei Atomkraftwerke abgeschaltet. Der Abriss dauert Jahrzehnte. Ein Besuch im Kernkraftwerk Lubmin.

Millimeter für Millimeter arbeitet sich das meterlange Sägeblatt durch den radförmigen Stahlblock. Wasser kühlt die Schnittstelle. Es bildet sich eine womöglich kontaminierte Pampe, die von der Maschine unterhalb der Sägeanlage in ein gelbes Fass gespuckt wird. Noch misst das Werkstück etwa einen halben Kubikmeter. Das ist zu groß für die Einheit, in der im Kernkraftwerk Lubmin an der Ostsee bei Greifswald gedacht wird. Da geltende Maß gibt eine Standardbox vor. Sie ist 120 Zentimeter lang und 80 Zentimeter breit wie hoch.

In solchen Boxen verschwindet das einst größte Kernkraftwerk Europas nach und nach. Große Betonteile werden ebenso aufgestemmt und zertrümmert wie Schreibtische oder Sanitäranlagen, Kabelstränge oder Rohre, bis sie klein genug für die Behältnisse sind. Die Sägen haben noch viel zu tun, bis die einst insgesamt fünf aktiven Reaktorblöcke, die begonnenen Bauten und alles drumherum soweit zerlegt sind, dass die einzelnen Teile in die Transportbehälter passen.

Rückbau des Atomkraftwerks dauert noch Jahrzehnte

Ganz am Ende wird auch die Zerlegehalle selbst dieses Schicksal ereilen. Doch das wird noch dauern, sagt Kurt Radloff, Sprecher des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen ([EWN](#)). „Wir werden mit dem Rückbau der Anlagen Ende der 30er Jahre fertig sein, aber dann haben wir immer noch die Großkomponenten“. Der Rückbau der Zerlegehalle sei erst für die 2060er Jahre geplant.

Das Standardmaß der Boxen hat seinen Grund. Jedes Gramm des einstigen Kraftwerks muss eine Freimessanlage passieren, bevor es das Gelände verlassen kann. Die beiden Anlagen stehen in einem ehemaligen Hochregallager. Zwischen den Geräten, die das Ausmaß eines kleinen Wohnwagens haben, steht ein altes Transistorradio der DDR-Marke „Stralsund“ und bringt etwas Leben der Halle. „Lass uns nochmal aufdrehn“, dröhnt es aus dem Mund Udo Lindbergs durch die Stille.

Abbau in Lubmin dauert schon Jahrzehnte

Auch mitgebrachtes technisches Equipment muss erst durch die Prozedur. Die Arbeiter schieben es in das Gerät und beginnen die Messung. Eine Weile lang blinkt es grün und gelb, zum Glück nicht rot. Dann ist klar, dass der Inhalt hinsichtlich seiner Strahlenbelastungsauber ist. So dauert es schon mal eine dreiviertel Stunde, bevor der Zutritt zum Gelände erlaubt ist. Beim Verlassen ist das Prozedere erneut vorgeschrieben. Kein noch so kleines kontaminiertes Stück darf das Gelände verlassen.

Das „VE Kombinat Kernkraftwerke Bruno Leuchner“, wie der gigantische Komplex am Greifswalder Bodden zur Eröffnung 1974 noch hieß, sollte sechs Blöcke erhalten. Damals arbeiteten mehr als 10.000 Beschäftigte auf dem Gelände. Fünf Blöcke gingen ans Netz, der letzte nur für gerade einmal drei Wochen. Der sechste wurde komplett fertig-, aber nicht in Dienst gestellt. Fünf Jahre nach dem Ende der Stromproduktion wurde der Rückbau genehmigt. Seit fast 30 Jahren fräsen, sägen und stemmen knapp 900 Beschäftigte die Reste auf Boxgröße zusammen.

22 Reaktoren dürfen in Deutschland abgerissen werden

Der Rückbau ist nicht nur in Lubmin eine jahrzehntelange Herausforderung. Derzeit liegen laut Öko-Institut für bundesweit 22 Reaktoren Abrissgenehmigungen vor: Grafenrheinfeld, Biblis Block A und Block B, Isar 1, Gundremmingen B, Philippsburg 1 und 2, Neckarwestheim 1, Unterweser, Brunsbüttel, Mülheim-Kärlich, Stade, Obrigheim, Lingen, Hamm-Uentrop und Würgassen sowie das Kernkraftwerk Rheinsberg. Für weitere Blöcke wurden bereits Anträge auf eine Genehmigung gestellt.

Das Vorgehen ist hier überall ähnlich. Zunächst sollen die Brennelemente in einem Lagerbecken abklingen. Ältere werden gleich in Castorbehältern für hochradioaktives Material verstaut und in ein Zwischenlager auf dem Gelände untergebracht. Bevor die eigentliche Stilllegung beginnt, werden alle Kernbrennstoffe ent-

fernt. Danach beginnt die Detailarbeit. Meter für Meter werden die Materialien auf Kontaminationen untersucht und entsprechend eingeordnet. Grundsätzlich nimmt die Radioaktivität mit der Nähe zum Reaktor zu. Viele Teile sind nur oberflächlich kontaminiert. Doch manche sind durch den Neutronenbeschuss selbst zur Strahlenquelle geworden, etwa die Reaktordruckbehälter.

Rückbau kostet mehrere Milliarden Euro

Wie teuer der Rückbau wird, ist noch offen. Allein für Lubmin wurden die Kosten auf sechs Milliarden Euro geschätzt. Inzwischen geht **EWN** von einem höheren einstelligen Milliardenbetrag aus. Der frühere Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Gesamtkosten für den Rückbau einmal auf rund 60 Milliarden Euro geschätzt, die von den Stromkonzernen Vattenfall, E.ON, RWE und EnBW sowie dem Bund aufgebracht werden müssen. Der Bund ist für die beiden DDR-Kraftwerke Rheinsberg und Lubmin zuständig.

Linkschwanz- Blackout

Die Arbeitsbereiche sind strikt abgeschirmt. Wer hinein will, erhält einen Dosimeter, der eine etwaige Strahlenbelastung misst und notfalls akustische Warnungen geben kann. Nun heißt es, sich nackt auszuziehen und in bereitgelegte Unterwäsche und eine orangefarbene Overall zu schlüpfen. Erst dann öffnet sich die Hallentür. Auf dem Rückweg wartet eine Schleuse. „20, 19, 18, 17...“, zählt eine Frauenstimme die Messzeit herunter, fordert bei Null zum Umdrehen auf und beginnt die Messung erneut. Erst wenn es keine Kontamination festgestellt wurde, öffnet sich die Schleuse, und man darf wieder in den Umkleideraum.

Suche nach Atommüllendlager verzögert sich

Der gefährliche Atomschrott ist längst im Zwischenlager untergebracht. 241 Meter lang und 186 Meter breit ist das Gebäude mit den acht Hallen, unter deren Dach in 20 Metern Höhe ein Kran die mit dem strahlenden Material gefüllten blauen Container stapelt. Fast ganz am Ende, in Halle sieben, reihen sich die Reaktordruckbehälter aneinander. Erst die aus dem Kraftwerk Rheinsberg, dann die aus Lubmin. Halle 8 ist vom Rest noch einmal abgeschottet. Dort lagern die hochradioaktiven Hinterlassenschaften der AKW-Ära. Sie werden wohl noch Jahrzehnte in Lubmin bleiben, weil sich die Suche nach einem Endlager für den hochgefährlichen Atommüll verzögert.

In Lubmin ist ein weiteres Zwischenlager für hochradioaktive Stoffe geplant. Nuklear-Expertin Angelika Spieth-Achtnich vom Öko-Institut in Darmstadt ist Gutachterin bei der Umweltverträglichkeitsprüfung des neuen Lagers. Das Institut betreibt das Monitoring für den Rückbau aller AKW. Mit den bisherigen Erfahrungen an den verschiedenen Standorten in ganz Deutschland ist sie zufrieden. „Wir haben bisher keine unlösbaren technischen Probleme vorgefunden“, stellt sie fest.

Die Vorsicht bewährt sich bisher. „Ein Atomkraftwerk wird nicht mit der Abrissbirne rückgebaut“, sagt sie, „da wird alles sauber sortiert.“ Wenn die Brennelemente entfernt und in Castorbehältern gelagert worden seien, wäre das große Freisetzungspotenzial bereits fort. Die Expertin ist von dem Konzept der Dekontamination bis hin zum kleinsten Teil überzeugt. Am Ende, so ist sich Spieth-Achtnich sicher, können die Anlage, die Gebäude und auch der Grund und Boden wieder sauber sein. „Die grüne Wiese ist möglich, versichert sie.“